

Mehr Schulden wegen Lockdown

Die Länder rechnen mit einem verlängerten Teil-Lockdown. Zur Bewältigung der Pandemie will Scholz 2021 deutlich mehr Schulden machen als bislang geplant.

B. Gillmann, M. Greive, K. Stratmann

Drei Tage vor dem nächsten Treffen der Länderchefs deutet viel auf eine Verlängerung des Teil-Lockdowns hin. "Nach Lage der Dinge ist nicht davon auszugehen, dass man derzeit die zur Eindämmung der Pandemie beschlossenen Maßnahmen lockern kann", sagte Niedersachsens Ministerpräsident Stephan Weil (SPD) dem Handelsblatt. Auch Finanzminister Olaf Scholz (SPD) und CSU-Chef Markus Söder plädierten für eine Verlängerung der Kontaktbeschränkungen bis kurz vor Weihnachten - um sie dann lockern zu können. Ähnlich argumentierten die Regierungschefs von Rheinland-Pfalz, Sachsen und Schleswig-Holstein. Der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) forderte sogar eine Verschärfung: Familien sollten sich nur noch mit zwei weiteren Personen eines anderen Haushalts treffen dürfen. Der wirtschaftliche Schaden eines verlängerten Lockdowns wäre allerdings enorm. Weil drängt daher auf "ein klares Signal an die von einem Lockdown betroffenen Unternehmen, dass sie sich auch in den kommenden Wochen darauf verlassen können, Hilfen zu bekommen." Laut DIHK rechnet mehr als die Hälfte der Unternehmen in Deutschland 2020 mit Umsatzrückgang.

Um weitere Corona-Hilfen finanzieren zu können, plant Scholz für das nächste Jahr mit weit mehr Schulden als bislang bekannt: Wie das Handelsblatt aus Regierungskreisen erfuhr, will der Finanzminister 2021 rund 160 Milliarden Euro neue Schulden aufnehmen - statt der bislang geplanten rund 96 Milliarden Euro.

Die Zahlen zeigen, wie teuer die Bewältigung der Coronakrise wird. Im Vergleich zum Etatentwurf von Bundesfinanzminister Scholz von Ende September summieren sich die zusätzlichen Ausgabenpläne auf rund 70 Milliarden Euro. Das ergibt sich aus der sogenannten Bereinigungsvorlage des Bundesfinanzministeriums für die Sitzung des Haushaltsausschusses am 26. November, die dem Handelsblatt bereits vorliegt und über die auch die Nachrichtenagentur Reuters berichtet hat. Im Anschluss an die Sitzung soll der Etat für 2021 endgültig festgezurrert werden.

Die Mehrausgaben ergeben sich laut des Papiers zum einen aus Maßnahmen zur Bewältigung der Corona-Pandemie. Zum anderen würden für 2020 eingeplante Ausgaben in das nächste Jahr verschoben. Die für 2020 bewilligte Neuverschuldung von 218 Milliarden Euro werde voraussichtlich bei Weitem nicht ausgeschöpft, hieß es.

40 Milliarden Euro für Unternehmen Für 2021 plant der Finanzminister nun konkret mit fast 40 Milliarden Euro allein für Unternehmer, die unter dem Lockdown leiden. Darin enthalten sei ein zusätzlicher "Lockdown-Puffer". Das zeigt, dass Scholz offenbar bereits davon ausgeht, dass die Corona-Überbrückungshilfen über den November 2020 hinaus verlängert werden müssen. Der Vorsorgetitel für Corona-bedingte Maßnahmen ist um zehn Milliarden Euro erhöht worden. Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU) soll zudem zwei Milliarden zusätzlich für verlängerte Ausgleichszahlungen an Krankenhäuser erhalten, 2,5 Milliarden für die vergünstigte Abgabe von Schutzmasken und 2,7 Milliarden für den Einkauf von Impfstoffen.

Auf 262 Seiten hat das Haus von Bundesfinanzminister Scholz auch Anpassungen für alle anderen Ministerien beziffert. So sieht die Vorlage beispielsweise auch sechs Milliarden Euro Eigenkapital für die Bahn vor, die für dieses Jahr vorgesehen, aber nicht abgeflossen sind.

Beim Wirtschaftsministerium wiederum ist als Ergebnis des Auto-Gipfels ein Zukunftsfonds mit einer Milliarde Euro geplant. Das Auswärtige Amt erhält laut der aktuellen Planung rund 170 Millionen Euro mehr für humanitäre Hilfe und das Arbeitsministerium 750 Millionen Euro mehr für Arbeitsmarktausgaben wie Hartz IV.

FDP-Vizefraktionschef Christian Dürr warf der Koalition angesichts dieser Planung vor, der Entwurf stehe für viel Bürokratie und immer höhere Schulden. "Das ist das Gegenteil von dem, was wir jetzt brauchen", sagte er. "Wir können die viertgrößte Volkswirtschaft der Welt nicht dauerhaft mit Schulden am Laufen halten."

Der Präsident des Ifo-Instituts, Clemens Fuest, wies auf die "sehr hohe Unsicherheit" darüber hin, wie die Pandemie im kommenden Jahr weitergehe. Viel spreche allerdings dafür, dass "die Wirtschaft wieder wachsen wird", sagte Fuest dem Handelsblatt. "Ob die Neuverschuldung wirklich erhöht werden muss, ist heute offen. Es wäre eigentlich naheliegend, abzuwarten und in einem Nachtragshaushalt neue Schulden zu machen, wenn das nötig ist", forderte er.

Der Kandidat für den CDU-Parteivorsitz, Friedrich Merz, kritisierte, es sei Unsinn, Ausgleichszahlungen für Unternehmen nur an den entgangenen Umsatz zu koppeln. "Da muss nachgearbeitet werden", sagte er dem "Tagesspiegel". Die Bundesregierung hatte Zuschüsse etwa für Gastronomiebetriebe sowie Soloselbstständige wie Künstler zugesagt, die von behördlich angeordneten Schließungen betroffen sind. Sie sollen bis 75 Prozent des durchschnittlichen Umsatzes im November 2019 betragen. "Natürlich muss man den Betroffenen helfen, ohne Frage. Der Umsatz ist aber der unschärfste Maßstab für einen Schadensersatz oder für den Verdienstaustausch."

Vor ihrem Treffen mit der Kanzlerin am Mittwoch hat sich schon jetzt eine Reihe von Ministerpräsidenten dafür ausgesprochen, den November-Lockdown zumindest bis kurz vor Weihnachten zu verlängern. "Erleichterungen sind erst dann

realistisch, wenn die Zahlen sich nachhaltig verändern", sagte Niedersachsens Ministerpräsident Weil dem Handelsblatt.

Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU) kündigte langfristige Regelungen an: Einerseits sei man sich "einig, dass wir nur die Einschränkungen machen wollen und dürfen, die wirklich angezeigt sind". Zugleich wollten die Regierungschefs aber "erreichen, dass wir jetzt nicht einen Zeitraum von beispielsweise 14 Tagen in den Blick nehmen, sondern wirklich bis zum März denken und sagen, wie müssen die Hilfen aussehen für die Unternehmen für die Gastronomen für die Hotellerie und unter welchen Umständen können wir dann auch wieder von Lockerungen reden", sagte er dem Handelsblatt. "Also was sind die Größenordnungen an Infizierten, wo wir sagen können: Jetzt gehts wieder los mit Kultur und Gastronomie."

Wenn eine Verlängerung der Kontaktbeschränkung erforderlich ist, so war am Wochenende bei den Länderchefs zu hören, dann sollte sie - wenn irgend möglich - über Weihnachten gelockert werden. Söder knüpfte dies aber an eine deutliche Entspannung der Lage: Der Lockdown müsse "mindestens so lange gelten, bis wir wieder den Inzidenzwert von 50 erreicht haben", sagte er. Aktuell liegt er bei rund 140 Neuinfektionen je 100 000 Einwohner binnen sieben Tagen. Die Zahl der Neuinfektionen war zwar zuletzt nicht weiter deutlich gestiegen - aber auch nicht nennenswert gesunken.

Familienfeiern unterm Weihnachtsbaum sind also aktuell der zentrale Hoffnungswert. "Lieber jetzt einen längeren Lockdown als eine komplette Ausgangsbeschränkung über Weihnachten", sagte Söder. Für Silvester schlägt der Bayer ein Verbot der Böller auf größeren Plätzen vor - will aber Feuerwerk nicht generell verbieten.

Die Kanzlerin hatte schon beim letztlich ergebnislosen Treffen der Regierungschefs in der vergangenen Woche auf Verlängerung und Verschärfung gedrängt. Angela Merkel (CDU) sprach anschließend von "verlorener Zeit".

Angesichts der Überlegungen, den Lockdown bis zum Fest womöglich sogar noch zu verschärfen, geht vor allem der Handel in Vorwärtsverteidigung: So fordern der Einzelhandel und der CDU-Wirtschaftsrat eine Freigabe der Sonntagsöffnung. "Auch zur Entzerrung des Weihnachtsgeschäfts sollte der Handel die Möglichkeit bekommen, in der Adventszeit an Sonntagen zu öffnen", sagte der Hauptgeschäftsführer des Handelsverbands Deutschland (HDE), Stefan Genth, dem Handelsblatt. "Das wäre auch für die Kunden entspannter, die die Corona-Abstandsregeln noch besser einhalten könnten, wenn sich die Kundenströme auf sieben Tage verteilen."

Der CDU-Wirtschaftsrat schlägt verschiedene Maßnahmen zur Stärkung des Einzelhandels in der Corona-Zeit vor, darunter eine Lockerung der Ladenöffnungszeiten in der Adventszeit und im Januar 2021. Außerdem plädiert der Wirtschaftsrat für eine Ausweitung der sogenannten November-Hilfen auch auf die Unternehmen des stationären Handels, die im Zeitraum der Lockdown-Maßnahmen einen Umsatzeinbruch von mehr als 70 Prozent hinnehmen mussten.

Heftiger Streit um Schulschließungen "Der Einzelhandel ist einer der wichtigsten Steuerzahler der Städte und Gemeinden", heißt es in dem Papier des CDU-Wirtschaftsrats. Zudem sei er mit gut drei Millionen Beschäftigten einer der großen Arbeitgeber in Deutschland und prägend für das Stadtbild. "Stirbt der Handel, sterben unsere Innenstädte", sagte der Generalsekretär des Wirtschaftsrats, Wolfgang Steiger, dem Handelsblatt.

Nach einer Umfrage des DIHK löst die Pandemie bei mehr als der Hälfte der deutschen Unternehmen einen Nachfrageeinbruch aus. "Gekürzte Investitionsbudgets drücken in vielen Weltregionen derzeit die Nachfrage auch nach deutschen Produkten", ergab die Umfrage unter unter 13.000 Unternehmen. Im Inland komme es wegen des Teil-Lockdowns in etlichen Branchen zu weiteren Nachfrageausfällen. "Insgesamt rechnen mehr als zwei Drittel der Unternehmen in Deutschland 2020 mit Umsatzrückgang."

Heftig umstritten ist die Frage, ob Schulen zumindest teilweise schließen sollen - auch weil unklar ist, wie sehr sie zum Infektionsgeschehen beitragen. Die Kultusminister hatten zuletzt ihre Haltung erneuert, dass der normale Unterricht so lange wie möglich weiter laufen soll.

Für die Oberstufe und die Berufsschulen ziehen sie nun allerdings zumindest in Corona-Hotspots Hybridunterricht in Betracht. Das Kanzleramt hatte darauf gedrängt, mehr Klassen in den Schulen zu teilen, um die Infektionsgefahr zu senken. Das sei wegen fehlender Lehrer unmöglich, heißt es in den Ländern.

Gesundheitsminister Jens Spahn schlug vor, bei Infektionen die ganze Klasse in Quarantäne zu schicken. Bisher ist das teilweise nicht oder nur bei Sitznachbarn der Fall. Dem Redaktionsnetzwerk Deutschland sagte er, nach negativen Schnelltests am fünften Tag könnten die Schülerinnen und Schüler wieder in die Schule.

Kasten: ZITATE FAKTEN MEINUNGEN

Nach Lage der Dinge ist nicht davon auszugehen, dass man die beschlossenen Maßnahmen lockern kann.

Stephan Weil

Ministerpräsident von Niedersachsen.

160 Milliarden Euro Schulden will Finanzminister Olaf Scholz 2021 machen.

Quelle: Bereinigungsvorlage des Finanzministeriums.

Die Menschen müssen wissen, was in der Advents- und Weihnachtszeit und über den Jahreswechsel möglich ist.

Stephan Weil

niedersächsischer Ministerpräsident.

Alles spricht dafür, dass die aktuellen Beschränkungen über den 30. November

hinaus noch eine Zeit lang fortgesetzt werden müssen.
Olaf Scholz (SPD)
Bundesfinanzminister

Gillmann, B.
Greive, M.
Neuerer, Dietmar
Stratmann, K

Quelle:	Handelsblatt print: Nr. 227 vom 23.11.2020 Seite 001
Ressort:	Thema des Tages
Börsensegment:	org
Dokumentnummer:	FA86A384-39B3-40AA-8AC4-96D0CD8B64A1

Dauerhafte Adresse des Dokuments:

https://archiv.handelsblatt.com/document/HB_FA86A384-39B3-40AA-8AC4-96D0CD8B64A1%7CHBPM_FA86A384-39B3-40AA

Alle Rechte vorbehalten: (c) Handelsblatt GmbH - Zum Erwerb weitergehender Rechte:
nutzungsrechte@handelsblattgroup.com

© GBI-Genios Deutsche Wirtschaftsdatenbank GmbH